

## Umfrage im unternehmensnahen Dienstleistungssektor: 620 DM-Jobs sind wenig beliebt

### Ein Wort in eigener Sache:

Liebe Leser,

in der ersten Ausgabe im Jahr 1998 präsentieren wir Ihnen die ZEW news in neuem Kleide, das wir dem Corporate Design der anderen Publikationen unseres Institutes angeglichen haben.

Neben einem neuen Layout haben wir auch unser Informationsangebot für Sie erweitert und bieten Ihnen nun jeden Monat eine Rubrik „Standpunkt“, in der aus Expertensicht wirtschaftspolitische Entwicklungen bewertet und interpretiert werden.

Wir bemühen uns weiterhin, Ihnen mit den ZEW news eine nützliche und fundierte Informationsquelle zur Verfügung zu stellen, die neue wirtschaftswissenschaftliche Forschungsergebnisse auf übersichtliche und verständliche Weise darstellt und auf wichtige Termine und Veröffentlichungen hinweist. Wie alle Publikationen, die Sie den news entnehmen können, stehen auch die news selbst im Internet unter der Adresse <http://www.zew> bereit. Alle news-Beiträge können mit Quellenangabe weiterverarbeitet werden, und auf Anfrage stehen Ihnen die einzelnen Ansprechpartner für Hintergrundinformationen zur Verfügung.

Bereits jetzt möchten wir Sie auf die März-Ausgabe der ZEW news hinweisen, in der wir Ihnen eine Sonderbeilage zum Thema Arbeitsmarkt anbieten werden.

Die Redaktion

Die starke Verknüpfung unternehmensnaher Dienstleistungen mit dem Verarbeitenden Gewerbe verursacht eine stärkere Empfindlichkeit dieses Wirtschaftszweiges gegenüber saisonalen und konjunkturellen Schwankungen. Bei der vierteljährlich stattfindenden Konjunkturumfrage von ZEW und CREDITREFORM im unternehmensnahen Dienstleistungssektor (s. Kasten) gaben im vierten Quartal 1997 vor allem die von der Konsumgüterindustrie und vom Baugewerbe beeinflussten Branchen dieses Wirtschaftszweiges an, von Nachfrageschwankungen betroffen zu sein. Jeweils rund die Hälfte der Werbefirmen, Architekten, Technischen Planer, Fahrzeugvermieter und Spediteure stehen, laut Umfrage, starken oder sehr starken Nachfrageschwankungen gegenüber.

Bei Dienstleistungen ist Arbeit der entscheidende Inputfaktor. Daher verwundert es kaum, daß unternehmensnahe Dienstleister Überstunden bzw. Kurzarbeit zum Ausgleich von Nachfrageschwankungen einsetzen. Die Weiterbildung von Mitarbeitern zum flexibleren Einsatz im Unternehmen ist ähnlich bedeutend. Neue Technologien, der Einsatz von freien Mitarbeitern und die Vergabe von Unteraufträgen an Dritte kommen bei einem Drittel der unternehmensnahen Dienstleister zum Einsatz. Eine untergeordnete Bedeutung für die Erhaltung der kurzfristigen Anpassungsfähigkeit nehmen Beschäftigungsverhältnisse unterhalb der Sozialversicherungsfreigrenze ein.

### In dieser Ausgabe:

Umfrage im unternehmensnahen Dienstleistungssektor: 620 DM-Jobs sind wenig beliebt	1
Irrwege der Steuerstatistik	2 u. 3
Innovationsaufwendungen der Unternehmen steigen wieder	4
Die kurzfristige Konjunkturprognose der Bundesregierung	5
Scheinselbständigkeit in Deutschland	5
ZEW-Neuerscheinungen	5
Der Terror des Ökonomischen?	6
Fiskalpolitik, Haushaltsdefizit u. Parteienzufluß	6
Konjunkturklima Japan	7
Bedeutung von Kunden aus dem Dienstleistungssektor	7
Existenzgründungen mit weniger Mitarbeitern	7
Weltwirtschaft: Inflationsängste lassen nach	8
ZEW-Termine	8

Ein Grund dafür mag sein, daß unternehmensnahe Dienstleister vorrangig hochqualifiziertes Personal einstellen, das nicht bereit ist, einen 610 DM- (seit Beginn des Jahres 620 DM-) Job anzunehmen. Unterstützt wird diese Vermutung dadurch, daß gerade hochqualifizierte Dienstleister wie EDV-Firmen, Architekten sowie Technische Planer und Berater fast gar keine geringfügig Beschäftigten zum Ausgleich von Nachfrageschwankungen heranziehen.

Dabei gibt es zwischen den Branchen deutliche Unterschiede. Je stärker ein Unternehmen von Nachfrageschwankungen betroffen ist, desto

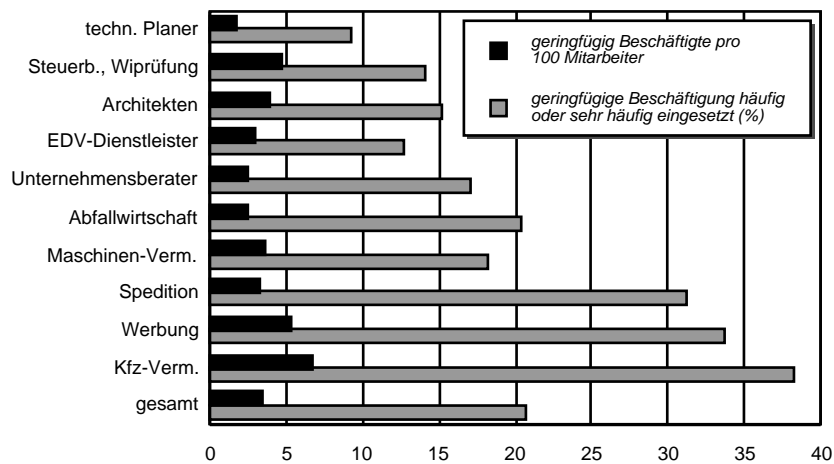
## Forschungsergebnisse

häufiger setzt sie auf geringfügige Beschäftigung. Während im gesamten Wirtschaftszweig unternehmensnahe Dienstleistungen nach der ZEW/CREDITREFORM-Umfrage durchschnittlich 3,5 Prozent der Arbeitnehmer geringfügig beschäftigt sind, gibt jeweils ein Drittel der Werbefirmen, Fahrzeugvermieter und Spediteure an, in hohem oder sehr hohem Maße geringfügig Beschäftigte einzusetzen. Die Angaben der übrigen Branchen liegen bei etwa 17 Prozent. Mit durchschnittlich 6,7 beziehungsweise 5,3 geringfügig Beschäftigten pro 100 Mitarbeitern gibt es bei den Fahrzeugvermietern und in der Werbebranche

*Die Konjunkturumfrage von ZEW und CREDITREFORM wird seit dem zweiten Quartal 1994 vierteljährlich durchgeführt. Ein repräsentativ ausgewählter Querschnitt von 4200 Unternehmen wird von ZEW und CREDITREFORM befragt. Die Stichprobe wird regelmäßig um Unternehmensneugründungen aufgefrischt.*

*Die Ergebnisse der Umfrage werden im ZEW-Branchenreport Dienstleistungen veröffentlicht, der auf Anfrage kostenlos erhältlich ist. Darüber hinaus kann der Branchenreport mit zusätzlichen Informationen im Internet über die Adresse <http://www.zew.de> (unter „ZEW aktuell“) mit einem Passwort abgerufen werden. Über die Teilnehmer der Umfrage hinaus, kann dieses Passwort Interessenten auf Anfrage hin zugänglich gemacht werden.*

### Geringfügige Beschäftigung zum Ausgleich von Nachfrageschwankungen nach Branchen (in Prozent)



Lesehilfe: Geringfügig Beschäftigte werden von 9,2 Prozent der technischen Berater und Planer zur Anpassung an konjunkturelle oder saisonale Nachfrageschwankungen eingesetzt. Im Durchschnitt gibt es bei den technischen Beratern und Planern 1,7 geringfügig Beschäftigte pro 100 Mitarbeiter.

auch überdurchschnittlich viele Jobs unterhalb der Sozialversicherungsfreigrenze. Bundesweit gab es 1996 nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Nürnberg, rund 3,9 Mio. 610 DM-Jobs in Unternehmen. Dies entspricht etwa 11 Prozent der gesamten Erwerbstätigen. Wieviele geringfügig Beschäftigte es in Deutschland tatsächlich gibt, ist umstritten. Andere Schätzungen wie die des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, oder des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, Köln, kommen zu sehr viel höheren Zahlen für die geringfügige Beschäftigung in Unter-

nehmen und Haushalten. Deutlich niedriger liegen die Ergebnisse des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes. Nach allen Schätzungen gibt es aber bei den unternehmensnahen Dienstleistern weniger Jobs unterhalb der Sozialversicherungsfreigrenze als im Bundesdurchschnitt.

Die geringfügige Beschäftigung stellt für die besonders konjunktur- und saisonempfindlichen Branchen des Wirtschaftszweiges unternehmensnahe Dienstleistungen ein wichtiges Instrument zur Wahrung der kurzfristigen Flexibilität dar.

Information: Ulrich Kaiser,  
Telefon: 0621/1235-292

### Irrwege der Steuerstatistik

Die Gebietskörperschaften hatten aufgrund der ungünstigen Entwicklung der kassenmäßigen Steuereinnahmen im vergangenen Jahr erhebliche Schwierigkeiten bei der Finanzierung ihrer Haushalte. Besonders dramatisch sanken in den vergangenen Jahren die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer, während die Einnahmen aus der Lohnsteuer relativ gleichmäßig gestiegen sind. Neben den konjunkturellen Rahmenbedingungen und den nach wie vor heftig kritisierten gesetzlichen Ver-

günstigungen und Gestaltungsmöglichkeiten verzerren allerdings auch steuerstatistische Einflüsse diesen Trend. Die Statistik der kassenmäßigen Steuereinnahmen nimmt eine Trennung zwischen der veranlagten Einkommensteuer und der Lohnsteuer vor. Diese separate Ausweisung ist jedoch aufgrund von zeitlichen und begrifflichen Abgrenzungsproblemen nicht konsistent mit der tatsächlichen Entwicklung der beiden Steuerarten.

Die Einkommensteuer ist eine Veranlagungssteuer, der alle sieben Einkunftsarten unterliegen. Steuerpflichtig sind alle natürlichen Personen, die

unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind. Dies sind alle Personen, deren Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthaltsort im Inland ist. Veranlagt werden Einzelpersonen (Ledige, Geschiedene, Verwitwete und getrennt veranlagte Ehegatten) und zusammenveranlagte Ehegatten. Zu dieser Personengruppe sind vor allem die Selbständigen und Freiberufler zu zählen, aber auch Arbeitnehmer können der Einkommensteuer unterliegen. Die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen ist durch die gemeinsame Veranlagung von Ehegatten geringer als die der tatsächlich besteuerten natürlichen

## Forschungsergebnisse

Personen. Dies sollte vor allem bei der Berechnung von durchschnittlichen Steuerzahllasten oder Anteilen von bestimmten steuerpflichtigen Personengruppen berücksichtigt werden.

Die Einkommensteuer wird nach Ablauf eines Kalenderjahres entsprechend dem Einkommen des Steuerpflichtigen für diesen Zeitraum veranlagt. Entsprechend der Veranlagung im Vorjahreszeitraum müssen Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer geleistet werden. Nach Abschluß der Veranlagung, die gewöhnlich 9 bis 18 Monate nach Ende des Veranlagungszeitraumes liegt, muß die Differenz zwischen Vorauszahlungen und Veranlagungsergebnis in Form einer Abschlußzahlung entrichtet werden. Im Falle einer zu hohen Vorauszahlung erfolgt eine Erstattung vom Finanzamt. Das Aufkommen aus der Einkommensteuer folgt somit der konjunkturellen Entwicklung mit mindestens einjähriger Verspätung. Die Folge ist ein verzerrtes Ergebnis, das nicht die aktuelle wirtschaftliche Leistungsfähigkeit widerspiegelt. Darüber hinaus ist das Aufkommen auf der Grundlage von früheren Rechtsvorschriften (z.B. Sonderabschreibungen) entstanden und kann somit nicht der aktuellen Finanzpolitik zugerechnet werden.

Die Lohnsteuer ist eine besondere Form der Einkommensteuer, die sich nur auf Einkünfte aus nichtselbständi-

ger Arbeit bezieht. Steuerpflichtig sind alle natürlichen Personen, die als unbeschränkt oder beschränkt steuerpflichtige Arbeitnehmer der Einkommensteuer unterliegen. Unbeschränkt steuerpflichtig gelten Arbeitnehmer, deren Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthaltsort im Inland ist. Alle anderen Arbeitnehmer sind beschränkt steuerpflichtig. Die Besonderheit der Lohnsteuer ergibt sich vor allem aus dem Quellenabzugsverfahren, bei dem der Arbeitgeber die Steuer durch Abzug vom Arbeitslohn einbehält. Die Steuer wird vom Arbeitgeber nach Ablauf eines Kalendermonats an das Finanzamt abgeführt, sofern die einbehaltene Lohnsteuer im vorangegangenen Kalenderjahr mehr als 6.000 DM betragen hat, andernfalls erfolgen Viertel- oder Ganzjahreszahlungen. Das Aufkommen aus der Lohnsteuer folgt somit unmittelbar der Beschäftigungsentwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Unter bestimmten Voraussetzungen sind Arbeitnehmer lohn- und einkommensteuerpflichtig. Übersteigt das Einkommen von Ehegatten 48.000 DM (bei einzelner Veranlagung 24.000 DM) oder liegen andere Einkünfte von mehr als 800 DM vor, die nicht der Lohnsteuer unterworfen sind, ist eine Veranlagung zur Einkommensteuer vorzunehmen. Diese wird ebenfalls nach Ablauf des Kalenderjahres vorgenommen, sofern die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit nicht

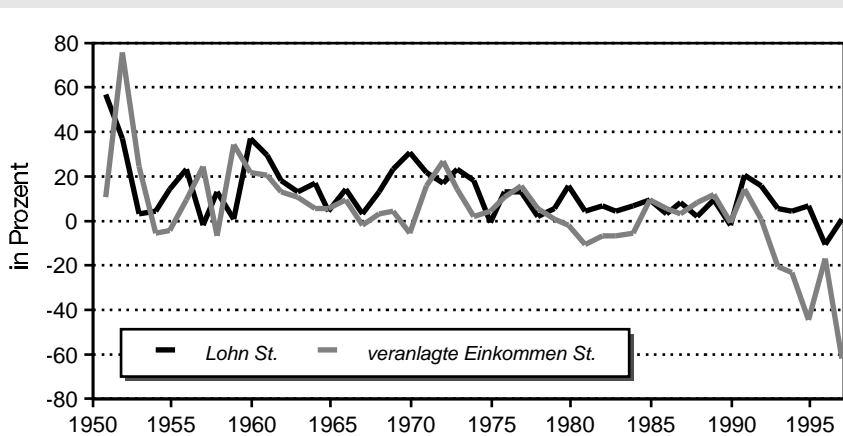
wesentlich geringer sind als die anderen Einkünfte. Ansonsten sind auch von einkommensteuerpflichtigen Arbeitnehmern Vorauszahlungen zu leisten. Ist aufgrund der Veranlagung eine Rückzahlung vom Finanzamt an einkommensteuerpflichtige Arbeitnehmer zu leisten – beispielsweise durch die Inanspruchnahme von Sonderabschreibungen aber auch bei hohen Werbungskosten – werden diese aus dem Aufkommen der Einkommensteuer geleistet. Diese statistische Eigenart erscheint besonders problematisch, da keine Zuordnung der kassenmäßigen Steuereinnahmen aus Lohn- und Einkommensteuer nach der jeweiligen Steuerart und der Veranlagungsperiode mehr erfolgen kann.

Da die Lohnsteuer eine besondere Erhebungsform der Einkommensteuer ist und da erhebungstechnisch und statistisch bedingt, erhebliche Abgrenzungsprobleme bei den kassenmäßigen Steuereinnahmen zur Einkommensteuer bestehen, erscheint eine Vereinheitlichung dieser beiden Steuerarten sinnvoll. Neben diesen systematischen Vorzügen wird in neueren Vorschlägen sogar gefordert, das Quellenabzugsverfahren bei den Unternehmen abzuschaffen und eine Veranlagung aller Arbeitnehmer zur Einkommensteuer vorzunehmen. Durch den Wegfall dieses Verfahrens würden die Unternehmen von Verwaltungskosten deutlich entlastet, während der Mehraufwand der Finanzämter gering sein dürfte, da bereits über 90% der Arbeitnehmer einkommensteuerpflichtig sind. Allerdings ist auch davon auszugehen, daß sich in einem solchem System die Steuermoral der Arbeitnehmer nicht unbedingt verbessern dürfte.

Es bleibt festzuhalten, daß sowohl für die Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzung – auf deren Grundlage die Haushaltsentwürfe der Gebietskörperschaften vorgenommen werden – als auch für die Transparenz gegenüber der Steuerzahler eine Vereinheitlichung von Vorteil ist, da dies ein Schritt zu einem effizienterem Steuersystem wäre.

Information: Fred Ramb,  
Telefon: 0621/1235-165

**Veränderung der kassenmäßigen Steuereinnahmen aus Lohn- und veranlagter Einkommensteuer**



### Innovationsaufwendungen der Unternehmen steigen wieder

Mit dem konjunkturellen Einbruch 1993 waren auch die Innovationsaktivitäten der Unternehmen einem starken Kostendruck ausgesetzt. Besonders die Investitionen für Innovationen wurden massiv zurückgefahren. Erst 1995 und vor allem 1996 ist wieder ein Ansteigen der Innovationsaufwendungen zu beobachten, mit Wachstumsraten von 4 bis 5 %. Für 1997 versprechen die Planzahlen sogar ein Plus von 6 %. Die realen FuE-Aufwendungen verharren dagegen auch 1997 weiterhin auf konstantem Niveau, d. h. die Unternehmen investieren stärker in die marktnahe Umsetzung von Innovationen. Die gesamte Innovationsintensität der Wirtschaft ist noch bis 1995 rückläufig, sie steigt erst 1996 wieder leicht an. Der Stand vom Boomjahr 1992 ist allerdings noch nicht wieder erreicht.

Erfreulich ist: Die Beteiligung der Unternehmen an Innovation und FuE nimmt in den 90er Jahren – mit jährlichen Schwankungen – zu. Schon über 60 % der Unternehmen in Deutschland sind 1996 innovativ gewesen, Anfang der 90er Jahre waren

#### Technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands

Wie in den vergangenen Jahren hat das ZEW im Januar zusammen mit dem Niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung (NIW), dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), dem Fraunhofer-Institut ISI und der SV-Wissenschaftsstatistik den Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands dem Bonner Bildungs- und Forschungsminister vorgelegt.

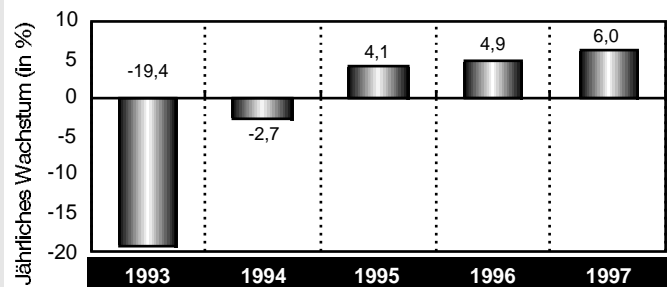
Wurde im letzten Bericht noch ein Fragezeichen hinter die zukünftige Innovationsfähigkeit Deutschlands gesetzt (s. ZEW news Februar '97), so konstatieren die Institute zur aktuellen Lage: Deutschland hat den Anschluß an der weltweiten Technologieentwicklung gehalten – die Wirtschaft muß jedoch mehr in Bildung, Forschung und Entwicklung investieren, um auch für die Zukunft gerüstet zu sein.

es noch knapp über die Hälfte. In der Wirtschaft gewinnen FuE-Aktivitäten an Breite – allerdings bei stagnierendem Gesamtbudget. Die großen Unternehmen haben in den letzten Jahren kräftig

FuE eingespart. Die Einsparmaßnahmen betrafen vorrangig allgemeine Kostensenkungen im FuE-Bereich wie in allen Unternehmensbereichen. Ein Rückzug aus Technikbereichen als Sparmaßnahme ist aber nicht generell zu beobachten. Auch kann das Outsourcing von FuE-Tätigkeiten nicht als Grund für die Stagnation der FuE-Aufwendungen in Deutschland herangezogen werden. Im Gegenteil: Je mehr die Unternehmen mit externen Partnern wie Kunden, anderen Unternehmen und Hochschulen kooperieren können, desto mehr geben sie für FuE-Aktivitäten aus.

Der Umsatzeinbruch von 1993 hat insbesondere die alten Produkte betroffen, der Umsatz mit neuen Produkten ist weniger stark gesunken. Die Unternehmen haben zu diesem Zeitpunkt immerhin realisiert, daß sie nur mit neuen Produkten wieder aus der Talsohle herauskommen können. Der danach eintretende Innovationschub ist allerdings erst ab 1995 am Markt wirksam geworden. Das Ergebnis ist ein modernes Produktprogramm mit einem hohen Anteil neuer Produkte am Umsatz. Vor allem der Automobilbau hat hier mit einer Innovationsoffensive mit neuen Modellen Flagge gezeigt und den internationalen Erfolg durch Innovationen vorgemacht – er hat auch als einziger Wirtschaftszweig in den vergangenen Jahren die FuE-Kapazitäten ausgeweitet. Seit 1996 werden die neuen Produkte von den Unternehmen mehr gepflegt, der Anteil von Verbesserungsinnovationen nimmt zu.

### Entwicklung der Innovationsaufwendungen



Alte Bundesländer; 1997: Plandaten  
Quelle: ZEW Mannheimer Innovationserhebung

Die Innovationswelle ebbt wieder ab. Noch ist der Anteil neuer und verbesserter Produkte am Umsatz so hoch wie nie zuvor. Jetzt sollte der innovative Schwung jedoch durch Investitionen in FuE und Innovationen bewahrt werden.

### Mehr Licht bei Innovationen – lange Schatten bei der Beschäftigung

Patentzahlen, Umsätze mit Innovationen und Exporte FuE-intensiver Güter sind in Deutschland zwar wieder auf Expansionskurs, auf die Beschäftigtenzahlen wirkt sich dies indes noch nicht aus.

Selbst in den erfolgreichen FuE-intensiven Industrien ist die Beschäftigung 1997 weiter gesunken – Ausnahme ist wiederum der Automobilbau. Zusätzliche Arbeitsplätze werden in Deutschland nur noch für die Hochqualifizierten geschaffen, die Arbeitsmarktsituation unqualifizierter Arbeitskräfte hat sich weiter verschlechtert. Dies gilt auch für den Dienstleistungsbereich. Durch diese Wissensintensivierung der Wirtschaft hat die Bedeutung von Aus- und Weiterbildung zugenommen. Der Anteil der öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung und Ausbildung am Bruttosozialprodukt sinkt in Deutschland in den 90er Jahren indes, der Anteil der Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen nimmt – auf hohem Niveau – nur noch geringfügig zu.

Information: Marian Beise,  
Telefon 0621/1235-172



## Vorträge am ZEW

### **Die kurzfristige Konjunkturprognose der Bundesregierung**

Im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, der unter der Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft (BMWi) erstellt wird, nimmt die Regierung gemäß ihres gesetzlichen Auftrages Stellung zum Gutachten des Sachverständigenrates. Gleichzeitig nutzt sie den Jahreswirtschaftsbericht, um ihre eigenen Vorstellungen und Planungen über den zukünftigen Verlauf der Wirtschaft in quantitativer und qualitativer Form

darzulegen. Dr. Johannes Velling, früherer Mitarbeiter am ZEW, erläuterte in seinem Vortrag, wie methodisch bei der Erstellung der Projektionen vorgegangen wird und welche Restriktionen bei ihrer Erstellung zu beachten sind. Neben Plausibilitätsüberlegungen dienen insbesondere Konsistenzbedingungen dazu, daß das auf der VGR aufgebaute System insgesamt „schlüssig“ gemacht wird. Von Details abgesehen, entspricht dieser Ansatz den Verfahren, die nahezu alle Wirtschaftsforschungsinstitute bei der Erstellung ihrer Prognosen verwenden.



Dr. Johannes Velling,  
Bundesministerium für Wirtschaft

### **Scheinselbständigkeit in Deutschland**

Dr. Hans Dietrich, Wissenschaftler am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, beschäftigte sich in seinem Vortrag im ZEW-Seminar mit Erwerbsformen, die im Grenzbereich von abhängiger und selbständiger Arbeit anzusiedeln sind. Den sogenannten Scheinselbständigen kommt dabei eine herausgehobene Stellung zu. Als Scheinselbständige werden vielfach Erwerbstätige bezeichnet, deren Erwerbsverhältnis-

se weitgehend Formen entsprechen, wie sie für Erwerbstätige in einer abhängigen Beschäftigung üblich sind, denen jedoch wesentliche Arbeitnehmerschutzrechte durch die faktische Ausgestaltung des Vertragsverhältnisses nicht zugestanden werden. Den aktuellen Stand der Rechtswissenschaften aufgreifend, berücksichtigte der Referent bei der Frage der Identifizierung von „Scheinselbständigen“ neben dem Kriterienkatalog der herrschenden Rechtsprechung (BAG-Modell) auch alternative Ansätze wie das „Alternativmodell“ mit Schwerpunkt „Unterneh-

menrisiko“ oder das Verbandsmodell „mit Schwerpunkt „Mitgliedschaft in der Sozialversicherung“. Ausgehend vom derzeitigen Forschungsstand erläuterte Dr. Dietrich die alternative Operationalisierung des Begriffes „Scheinselbständigkeit“ und zeigte die empirischen Schritte zur Identifizierung der Erwerbstätigen in der Grauzone auf, um schließlich ausgewählte Befunde zur Erwerbssituation und zur Frage der sozialen Sicherung von Erwerbstätigen in der Grauzone von selbständiger und abhängiger Erwerbstätigkeit in Deutschland zu präsentieren.

## ZEW Neuerscheinungen

### ■ ZEW Dokumentation:

Horst Entorf; Hannes Spengler: *Kriminalität, ihr Ursachen und ihre Bekämpfung: Warum auch Ökonomen gefragt sind*, Nr. 98-01.

### ■ Discussion Papers

Michael Gröschel: *Die Steuer- und Abgabensysteme der Niederlande und Deutschlands – Eine Analyse der Wettbewerbswirkungen unter besonderer Berücksichtigung der Körper-*

*schaft- und Einkommensteuersysteme*, Nr. 97-35.

Friedrich Heinemann: *The EMU Consolidation Game – Or: Does 3.0 Really Mean 3.0?*, Nr. 98-01.

Friedrich Heinemann: *Die Theorie der optimalen Währungsräume und die politische Reformfähigkeit – Ein vernachlässigtes Kriterium*, Nr. 98-02.

Wolfgang Franz; Klaus Göggelmann; Martin Schellhorn; Peter Winker:

*Quasi-Monte Carlo Methods in Stochastic Simulations – An Application to Fiscal Policy Simulations Using an Aggregate Disequilibrium Model of the West German Economy 1960-1994*, Nr. 98-03.

Doris Blechinger; Friedhelm Pfeiffer: *Qualifikation, Beschäftigung und technischer Fortschritt. Weitere empirische Evidenz mit den Daten des Mannheimer Innovationspanels*, Nr. 98-04.

**Hinweis:** Zusammenfassungen aktueller ZEW-Discussion Papers (ab 1996) finden sich auf den ZEW-Internet-Seiten unter <http://www.zew.de>. Die vollständigen Dokumente können als Postscript-Datei vom ZEW-Server gezogen werden.

### Der Terror des Ökonomischen?

Ökonomen sind lästige Zeitgenossen, es ist bereits vom Terror der Ökonomie die Rede. Sie stören das allgemeine Harmoniebedürfnis, rauben den Leuten bequeme Illusionen, decken Ungereimtheiten auf und gehen damit den Politikern auf die Nerven und bringen Sozialfunktionäre zur Weißglut. So wie die Dinge bei uns liegen, geht das leider nicht anders.

Dem allgemeinen Harmoniebedürfnis entspricht das Verlangen nach Bündnissen oder runden Tischen, ggf. europaweit und möglichst unter Beteiligung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen. So löblich die Absichten im Einzelfall sein mögen, Arbeitsplätze werden dadurch nicht geschaffen. Vielmehr besteht die Gefahr, daß dort Verträge zu Lasten Dritter geschlossen werden, der Steuerzahler nämlich. Sehr schnell ist man sich z. B. über neue arbeitsmarktpolitische Maßnahmen unter finanzieller Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit einig. Einsichten in die Notwendigkeit eigenen Handelns dauern schon erheblich länger. Nichts spricht dagegen, daß sich die Tarifvertragsparteien und der Staat in einem sachlichen Dialog gegenseitig informieren. Aber die Zuständigkeiten beim Handlungsbedarf müssen erkannt und umgesetzt werden.

Illusionen bestehen über die Möglichkeiten der staatlichen Wirtschaftspolitik. Mitunter wird suggeriert, die Wirtschaftspolitik könne - wenn sie nur wollte - durch die Bedienung einiger Hebel die Misere auf dem Arbeitsmarkt beseitigen. Diese Vorstellung ist abwegig. Der Machbarkeit und

Beherrschbarkeit des Wirtschaftsprozesses durch die Wirtschaftspolitik sind Grenzen gesetzt. Dies war im nationalen Kontext schon so und gilt im internationalen Standortwettbewerb erst recht. Gerade in einem Wahljahr sollten Politikern keine unrealistische Versprechen etwa über Erfolge bei der Verringerung der Arbeitslosigkeit abgenötigt werden. Die Wirtschaftspolitik muß beschäftigungsfreundliche und verlässliche Rahmendaten setzen, beispielsweise durch eine wirksame Unternehmenssteuerreform. Aber die Arbeitsplätze müssen im privaten Sektor entstehen.

Besonders befremdlich mutet die Forderung nach allgemeinen Steuer-



senkungen dann an, wenn von derselben Gruppe eine Rückführung eigener Ansprüche an den Staat abgelehnt wird. Die Finanzpolitik hat sich in den vergangenen Jahren Versäumnissen schuldig gemacht, aber sie spiegelt ebenso unser illusionäres Anspruchsdenken wider.

Zu den Ungereimtheiten gehört die Kritik an Steuerzahlern, die sich legaler Möglichkeiten der Verringerung ihrer Steuerschuld bedienen. Solche „Steuerschlupflöcher“ sind oder waren

vom Staat erwünschte Engagements, u. a. im ostdeutschen Wohnungsbau. Man mag dies als Fehlleitung von Kapital ansehen. Dann sollten diese Tatbestände im Zuge einer Steuerreform abgeschafft werden, aber nicht zur Stimmungsmache gegen obere Einkommensschichten verwendet werden, so verlockend dies im Rahmen einer „Armutsbereichterstattung“ sein mag.

Ohnehin nimmt der internationale Wettbewerb auf sozialpolitische Anliegen hierzulande nur begrenzt Rücksicht. Die Konkurrenten in Südostasien interessiert deutsches Besitzstandsdenken wenig. Sie wollen ihre Kostenvorteile ausspielen und Wohlstandsgewinne erzielen. Sozialunionen, europaweit oder gar weltweit, möglichst in Anlehnung an deutsche Standards, sind Illusionen. Warum sollten sich ausländische Staaten darauf einlassen?

All dies hat indessen wenig mit „Terror“ zu tun. Furcht und Schrecken löst das Ökonomische meist zu Unrecht aus. Selbstverständlich müssen in Deutschland grundlegende Reformen vorgebracht und Produktivitätsvorsprünge erwirtschaftet werden. Aber deshalb braucht der Wirtschaftsstandort Deutschland nicht kaputtgeredet zu werden, er bietet eine Reihe handfester Vorteile. Hinzu kommt, daß derzeit noch weniger entwickelte Volkswirtschaften in ihrem Aufholprozeß höhere Löhne und Sozialstandards erreichen wollen und werden. Es grenzt deshalb an Panikmache zu behaupten, die Löhne in Deutschland würden auf asiatisches Niveau herunter konkurrieren.

Ökonomen sind Realisten, aber keine Terroristen.

Wolfgang Franz

### Fiskalpolitik, Haushaltdefizite und Parteieneinfluß

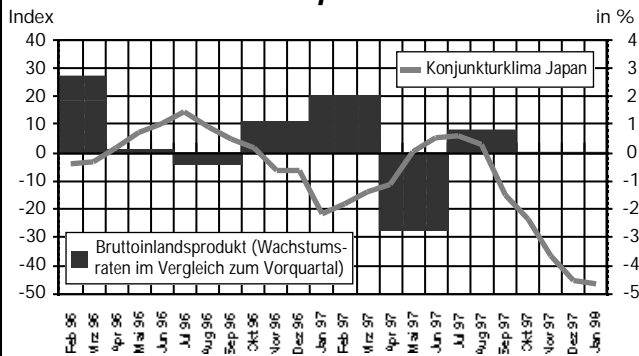
Prof. Dr. Helmut Seitz von der European University Viadrina, Frankfurt/Oder stellte im ZEW-Seminar eine Untersuchung der politischen und ökonomischen Determinanten der Defizit- und Ausgabenpolitik der westdeutschen Bundesländer vor. Er prä-

sentierte eine Bestandsaufnahme der ökonomischen und fiskalischen Entwicklungen in den Bundesländern.

In seinem theoretischen Modell nachgeordneter Regierungen, haben diese Regierungen keinen Zugriff auf die Steuersätze als Politikvariable, sondern können ausschließlich Ausgabenpolitik betreiben. Resultat ist ein „Ausgabenglättungsmodell“, das dem

„Tax-smoothing-model“ von Barro sehr ähnlich ist. Prof. Seitz untersuchte im empirischen Teil der Studie, ob Regierungen mit unterschiedlicher Parteienzusammensetzung Unterschiede im Ausgaben- und Defizitverhalten vorweisen. Seine Ergebnisse deuten darauf hin, daß es keine signifikanten parteipolitischen Effekte auf die Fiskalpolitik der Länder gibt.

## Konjunkturklima Japan

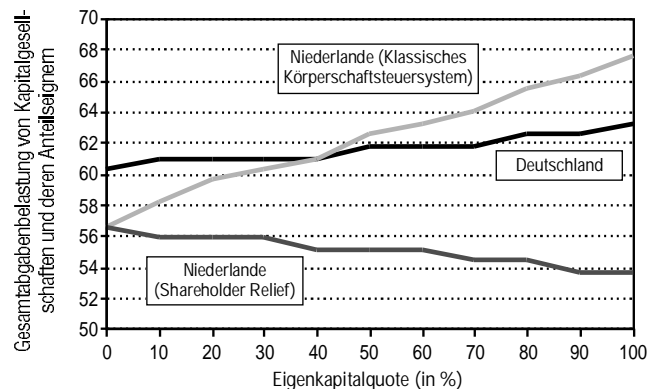


Der Konjunkturklimaindex für Japan berechnet sich als Mittelwert aus den durchschnittlichen Einschätzungen hinsichtlich der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Lage sowie den durchschnittlichen Erwartungen in Bezug auf die mittelfristige gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Japan.

Das Vertrauen in den japanischen Markt ist beschädigt. Dies ist das Ergebnis des aktuellen Finanzmarkttests des ZEW. Hashimotos Pläne zur Belebung der Binnenkonjunktur haben auf die Stimmung der Experten hinsichtlich der künftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen kaum stimulierend gewirkt. Rund 95 Prozent der befragten Experten beurteilen die derzeitige Lage trotz der guten japanischen Exportentwicklung als schlecht und nur 20 Prozent der Fachleute sehen Licht am Horizont. Als Folge hat der Konjunkturklimaindex für Japan seit vergangendem Sommer über 40 Prozentpunkte verloren.

Information: Andrea Szczyzny, Tel. 0621/1235-143

## Körperschaftsteuerreform in den Niederlanden

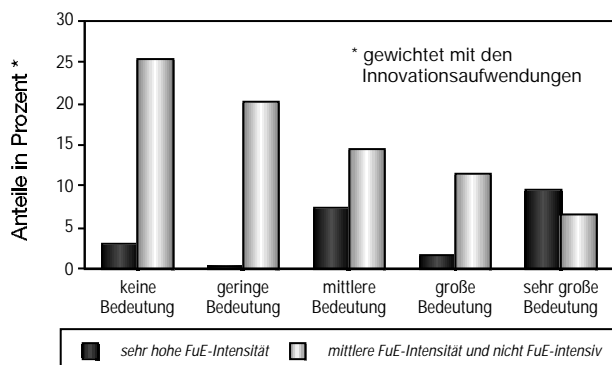


Grafik: ZEW

In den Niederlanden führte die teilweise Ablösung des klassischen Körperschaftsteuersystems mit der Einführung einer ermäßigten Besteuerung von Dividenden gegenüber Zinsen dazu, daß die Finanzierung einer Kapitalgesellschaft durch Eigenkapital erstmalig steuerlich vorteilhafter ist als die Ausstattung mit Fremdkapital. Voraussetzung für die ermäßigte Dividendenbesteuerung mit 25% ist allerdings eine 5-prozentige Mindestbeteiligung. Anteilseigner, die eine solche Beteiligungsquote nicht aufweisen, sind benachteiligt, denn sie müssen – wie bisher – Dividenden und Zinsen mit bis zu 60% versteuern.

Information: Michael Gröschel, Tel. 0621/292-1693

## Innovationsimpulse von Dienstleistern für die High-Tech-Industrie



Quelle: ZEW(1997): Mannheimer Innovationspanel

Vergleicht man die Innovationsaufwendungen, dann sind Kunden aus dem Dienstleistungssektor für den Großteil produzierender Unternehmen ein weniger wichtiger Impulsgeber im Innovationsprozeß als für Unternehmen der Spitzentechnik. Die Innovationsaufwendungen von Unternehmen mit mittlerer FuE-Intensität, die Informationen aus dem Dienstleistungssektor für sehr wichtig halten, liegt trotz der größeren Anzahl der Unternehmen unter dem Aufwand der High-Tech-Betriebe. In der Spitzentechnik entfällt die Hälfte der Innovationsaufwendungen von Unternehmen mit hoher Forschungsintensität auf Unternehmen, die sich Anregungen von Dienstleistern holen.

Information: Dr. Alfred Spielkamp, Tel. 0621/1235-174

## Existenzgründungen mit weniger Mitarbeitern

Region	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Mitarbeiter Rückgang 1995	Mitarbeiter Rückgang seit 1989	Mitarbeiter Rückgang 1995	Mitarbeiter Rückgang seit 1990
Wirtschaftszweig	Personen	in %	Personen	in %
insgesamt	2,6	26	3,3	26
Metallind.	6,0	38	7,2	65
Handel und Gastgewerbe	2,2	32	2,5	13
Sonst. Dienstleistungen	2,2	21	2,6	30

Erstmitarbeiter je Neugründung (im Durchschnitt)

Quelle: Mannheimer Gründerdatei; ausgewählte Wirtschaftszweige

Die mittlere Zahl der Beschäftigten in neu gegründeten Unternehmen in der Gründungsphase hat seit 1989 abgenommen. Während eine personengegründete Unternehmung 1989 im Durchschnitt über alle Wirtschaftszweige noch 3,5 Beschäftigte (inkl. Eigentümer) hatte, waren es 1995 in den alten Bundesländern noch 2,6. In den neuen Bundesländern erreichte die Zahl der Erstbeschäftigten 1990 ein Maximum von 4,4 und ist bis 1995 auf 3,3 gefallen. Der Rückgang ist in allen Wirtschaftszweigen zu beobachten, wenngleich mit unterschiedlicher Intensität. Dieser Rückgang ist vorwiegend die Folge eines verschärften Wettbewerbs und veränderter Produktionsmöglichkeiten.

Information: Friedhelm Pfeiffer, Tel. 0621/1235-150

## Weltwirtschaft: Inflations-ängste lassen nach

Deutsche Finanzexperten erwarten nachhaltig niedrige Inflationsraten, so lautet das Ergebnis des aktuellen ZEW-Finanzmarkttest. Hierzu werden monatlich etwa 350 Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen nach ihren Erwartungen hinsichtlich der mittelfristigen Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten befragt.

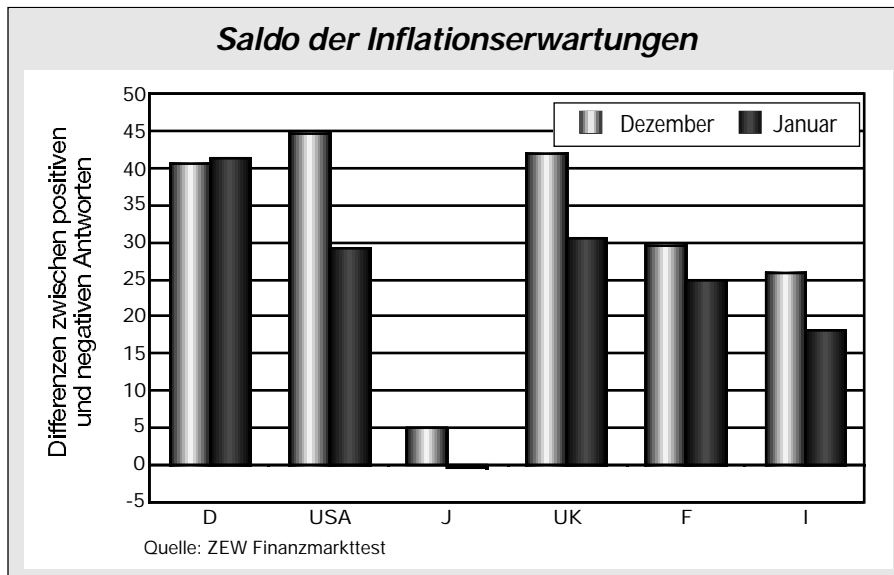
Der Einfluß der Asienkrise auf die Weltwirtschaft könnte der Grund für den starken Einbruch der Inflations-

erwartungen gewesen sein. Auch wenn der direkte Handel zwischen Europa und Asien einen eher geringen Anteil am gesamten EU-Handel ausmacht - für die Weltwirtschaft sind die asiatischen Schwellenländer inzwischen ein gewichtiger Partner. Das in der Presse vielfach beschworene Deflationsgespenst scheint allerdings, ebenso wie die erneuten Kurssteigerungen der Tigerbörsen, einer wirtschaftlichen Grundlage zu entbehren. Sicherlich kam es in den von der Krise betroffenen Ländern zu einem Preisverfall von Anlagewerten, wie z.B. Immobilien. Daß sich dies auf Europa oder die

USA überträgt, ist jedoch zweifelhaft. Auch ist der Einbruch der Exporte nach Asien wohl kaum ausreichend für eine nachfrageinduzierte Deflation. Sicherlich hat die Inflation ein sehr geringes Niveau erreicht, eine langfristig negative Preisentwicklung, ohne daß es zu einem entsprechenden Gegensteuern der Geldpolitik kommt, ist jedoch nicht zu erwarten. Ein Problem, welches die Möglichkeit einer Gegensteuerung einschränkt, ist allerdings, daß Preisbewegungen nicht ausreichend akkurat gemessen werden können. Qualitätsverbesserungen und Produktinnovationen sind hierfür maßgebliche Gründe.

Daß die Inflationserwartungen in Deutschland im Gegensatz zu den anderen Ländern etwas zugenommen haben, liegt an der beschlossenen Erhöhung der Mehrwertsteuer. Wie die Einschätzung der Geldmarktzinsen zeigt, sind diese Inflationsängste aber kurzfristiger Natur. Die Gruppe der Experten, die eine Zinserhöhung durch die Bundesbank erwartet, ist gegenüber letzten Monat um über 10 Prozentpunkte kleiner. Würden die Befragten einen neuen, dauerhaften Inflationsprozeß erwarten, dann müßten die Zinserwartungen sich in die entgegengesetzte Richtung entwickeln.

Information: Robert Dornau,  
Telefon: 0621/1235-164



## Termine

### ■ Expertenseminar:

*Wege zum erfolgreichen Innovationsmanagement*, 19.-20. 2. 1998, ZEW-Gebäude.

### ■ ZEW-Seminare:

Dominique Goux (Centre for Researches in Economics and Statistics, Frankreich): *Returns to Continuous Training: Evidence from French Worker-Firm Matched Data*, 19.2.1998, ZEW-Gebäude.

Alexander Wünsche (ZEW): „*Wettbewerbswirkungen einer ökologischen Steuerreform aus einzelwirtschaftlicher Sicht – Ergebnisse eines Forschungsprojekts im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg*“, 12.2.1998, ZEW-Gebäude.

Rob Euwals (Universität Mannheim und Tilburg): *Desired and Actual Labour Supply in the Netherlands*, 19.2.1998, ZEW-Gebäude.

Prof. Chr. Keuschnigg (Universität Saarbrücken): *Venture Capital: A Case for investment promotion?*, 26.2.1998, ZEW-Gebäude.

### ■ Informationen zu den Veranstaltungen:

Anne Grubb, Tel. 0621/1235-241, Fax 0621/1235-226, E-mail grubb@zew.de